



Europäische Wirtschaftspolitik: *Lissabon-Strategie gescheitert - EU-Gipfel beschließt trotz- dem Fortsetzung der Politik*

Das Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs vor Ostern stellte die Weichen für die weitere Wirtschaftspolitik in der EU: Die Beschlüsse zur Flexibilisierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) gehen nach Meinung der IG Metall in die richtige Richtung. Die vorläufige Rücknahme des Entwurfs der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird von der IG Metall begrüßt. - Doch insgesamt fällt die Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie verheerend aus. Die Beschäftigungs- und Wachstumsziele wurden verfehlt. Trotzdem wurde die Strategie grundsätzlich nicht geändert. Immer noch stehen Marköffnung, Deregulierung und Sozialabbau im Mittelpunkt der Agenda.

Lissabon-Strategie: Die Ziele

Im März des Jahres 2000 setzte sich die EU mit der Lissabon-Strategie ehrgeizige Ziele für den Zeitraum bis 2010:

- In Europa sollte der „...**wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt**...“, entstehen, mit „...mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt ...“.
- **Wirtschaftswachstum** von jahresdurchschnittlich 3 Prozent
- **Vollbeschäftigung**

Lissabon-Strategie: Die Instrumente

- Die weitere **Marktliberalisierung**: Strukturreformen, Marköffnung und Deregulierung. Der größte Handlungsbedarf wurde für den Arbeitsmarkt, die Finanzmärkte und die Dienstleistungen gesehen.
- Eine Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung von zwei auf drei Prozent der Wirtschaftsleistung soll die wissenschaftlichen Fähigkeiten steigern.
- Umbau und „**Modernisierung**“ der **sozialen Sicherungssysteme**. Abbau der öffentlichen Systeme zugunsten privater Vorsorge.
- Ein stabiler gesamtwirtschaftlicher Rahmen sollte durch **Schuldenabbau, Sparpolitik und Steuer-senkungen** erreicht werden.

Die Ziele der Lissabon-Strategie sehen wie Wunschträume aus. Erinnern wir uns: Im Jahre 2000 schwelte die Welt noch im Konjunkturboom der New Economy. Wirtschaftlich schienen die Bäume noch alle in den Himmel zu wachsen. Doch mit der Blase sind auch viele Träume geplatzt.

So eindeutig die Bilanz in der Zielverfehlung ausfällt, so umstritten ist die Frage der Ursachen. Grundlage der Beratungen auf dem EU-Gipfel war der sogenannte Kok-Bericht. Danach war keineswegs die grundsätzliche Ausrichtung der Strategie falsch. Die Ziele konnten nur nicht richtig vermittelt werden, die Maßnahmen wurden von den Mitgliedsländern nicht konsequent genug umgesetzt und die Strategie war zu komplex ausgerichtet, was die Zielsetzung verwässert hat. So die EU-Kommission. **Diese Meinung teilt die IG Metall nicht.**

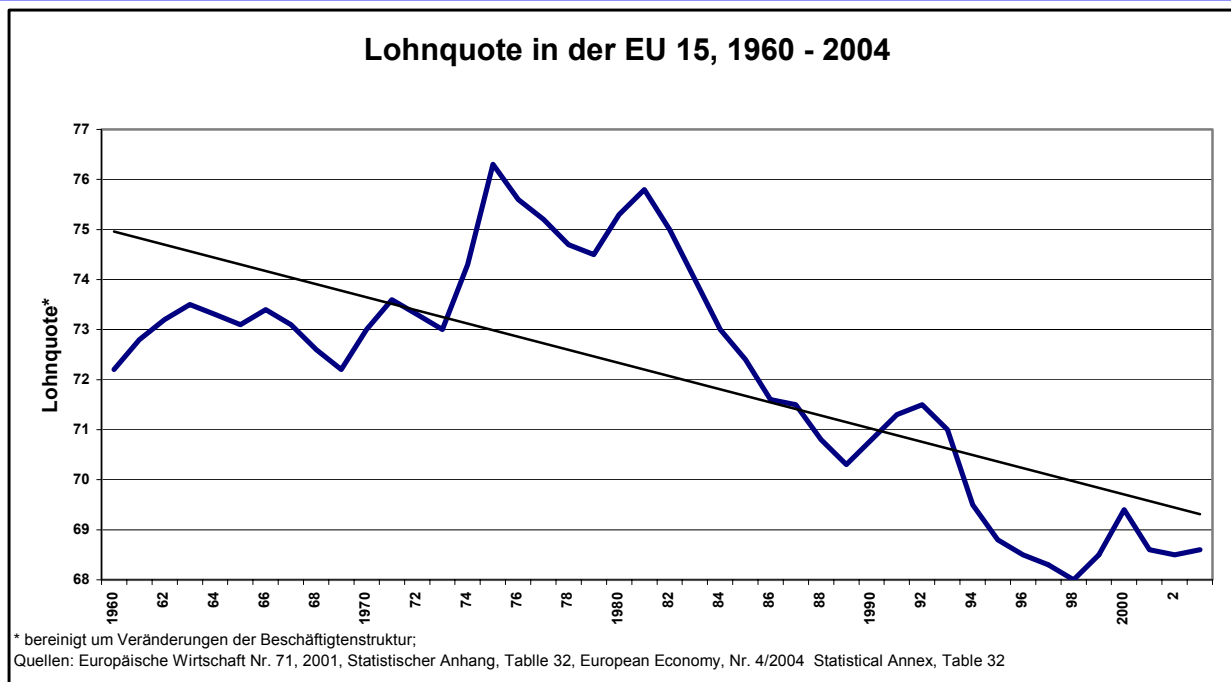
Halbzeitbilanz 2005 der Lissabon-Strategie

Die Bilanz im Jahr 2005 fällt vernichtend aus. Keinem der großen Ziele ist die EU in den letzten Jahren näher gekommen, von einigen ist sie gegenwärtig weiter entfernt als im Jahre 2000.

- Das Wirtschaftswachstum betrug im Zeitraum von 2001 bis 2005 im Durchschnitt gerade einmal 1,4 Prozent, weniger als die Hälfte des Zielwertes.
- Vom Überholen der USA bleibt die EU weit entfernt. Der Wachstumsabstand ist in den ersten fünf Jahren dieses Jahrzehnts sogar noch größer geworden.
- Auch von Vollbeschäftigung kann keine Rede sein. Die Arbeitslosenquote liegt mit 8,1 Prozent in 2004 höher als noch im Jahr 2000.
- Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung an der Wirtschaftsleistung konnte nicht gesteigert werden.

Die neuen Beschlüsse (Lissabon 2)

Auf der Basis des Kok-Berichtes schnürte die EU-Kommission ein Beschluss-Paket von 10 Forderungen, das ohne große Diskussionen vom Rat verabschiedet wurde. Wiederholt wird darin die Forderung nach einer Ausdehnung der Forschungsausgaben. Die ehrgeizigen Wachstumsziele werden dagegen aufgegeben. Die einzelnen Punkte bleiben nebulös:



Im Kern soll weiterhin mit Bürokratieabbau, Marktöffnung, Förderung von Innovationen und Mittelstand und Überlegungen zur Industriepolitik ein Wachstumschub ausgelöst werden. Es gibt keine zentralen Vorgaben mehr. Die Mitgliedsstaaten sollen nationale Reformprogramme entwerfen, die ihren spezifischen Gegebenheiten entsprechen. Angestrebt wird die Konzentration auf Wachstum und Arbeitsplätze. Nachhaltigkeit und sozialer Zusammenhalt sollen als Ziel nicht aufgegeben werden.

Alter Wein in neuen Schläuchen! - So lässt sich das gesamte Paket charakterisieren.

Die Schwäche der europäischen Wirtschaft

Die EU-Kommission geht vom **neoliberalen Dogma** aus, nach dem Deregulierung, Lohnkostensenkung, Steuerentlastungen für Unternehmen und Sozialabbau Wachstum und wirtschaftliche Dynamik begründen. Diese Ausrichtung bewirkt aber einen wachstums- und beschäftigungspolitischen Teufelskreis.

- Seit Jahren sind die Wachstumsraten stark rückläufig. In der Folge entlassen die Unternehmen Personal, die Arbeitslosigkeit steigt. Arbeitslose haben weniger Geld (in Zeiten von Hartz IV gilt dies noch weitaus stärker), die Verbrauchsausgaben und damit die Nachfrage gehen zurück. In der Folge sinkt das Wachstum weiter und der Prozess beginnt von vorn.
- Bei starker Arbeitslosigkeit können die Gewerkschaften keine adäquaten Lohnsteigerungen mehr erzielen, die Lohnquote sinkt. Dieser Prozess lässt sich in Europa gut beobachten (siehe Schaubild). In der Folge geht auch die Nachfrage der Beschäftigten zurück und drückt weiter auf die wirtschaftliche Entwicklung. Auch dieser Teufelskreis dreht sich weiter.

Wenn die Politik nicht aktiv gegensteuert und mit öffentlichen Investitionen und durch zusätzliche Sozialleistungen die Nachfragerlücke schließt, gibt es aus diesen Kreisläufen des Marktversagens kein Entrinnen.

Wir brauchen eine andere wirtschaftspolitische Strategie!

Die neoliberale Politik der letzten 25 Jahre hat zu einer Umverteilung von unten nach oben geführt. Die Lohnquote - das ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen - ging drastisch zurück. Verlierer waren also die Arbeitnehmer. Die Hauptstoßrichtung dieser Politik hat sich mit den aktuellen Beschlüssen nicht geändert! Und deshalb werden sich auch die negativen Konsequenzen dieser Politik nicht ändern:

- Das Wachstum wird trotz aller vollmundigen Erklärungen schwach bleiben.
- Die Verteilung wird sich weiter zu Lasten der Arbeitnehmer verschieben.
- Und schließlich: die Arbeitslosigkeit wird weiter auf einem hohen Niveau verharren.

Die einzigen positiven Ergebnisse des Gipfels wurden mit Hilfe der heftigen Proteste von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen erzwungen:

- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde etwas gelockert. Die neuen Regelungen sind zwar immer noch ungenügend, erweitern aber die Handlungsspielräume für eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Finanzpolitik.
- Die Dienstleistungsrichtlinie, die ein massives Lohndumping ermöglicht hätte, wurde in der vorgelegten Fassung erst einmal zurückgezogen.

Notwendig wäre, dass die EU die wirklichen Schlussfolgerungen aus dem Scheitern der Lissabon-Strategie ziehen und einen radikalen Wechsel zu einer expansiven, europaweit abgestimmten Geld- und Fiskalpolitik vollziehen würde. Das würde den Weg in ein europäisches Sozialmodell eröffnen, das tatsächlich Vollbeschäftigung mit sozialem Zusammenhalt und ökologischer Nachhaltigkeit ermöglichte.